

Ziemlich beste Feinde

Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften bekämpfen sich gewöhnlich – gegen die SVP schliessen sie sich vorübergehend zusammen

MATTHIAS VENETZ, SAMUEL TANNER

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse und der Gewerkschaftsbund sind politisch weit voneinander entfernt, aber am Dienstag laden sie beide zur Pressekonferenz an die Zeughausgasse in Bern. Es ist ein terminlicher Zufall, der aber eine politische Logik hat. Economiesuisse und der Gewerkschaftsbund sind Rivalen, die ihre Rivalität in den nächsten Monaten ausblenden müssen, wenn sie gegen die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP kämpfen. Wer wissen will, ob das funktionieren kann, der kann an diesem Morgen zuerst ins Hotel Kreuz gehen, zu den Spitzen der Wirtschaft, und dann sechs Häuser die Strasse rauf ins Hotel Bern, zu den Spitzen der Gewerkschaften.

Scheinbar ist alles wie immer. Bei Economiesuisse spricht Präsident Christoph Mäder von einer «Fitnesskur», die die Schweiz brauche, von flexibleren Arbeitszeiten, von weniger Regulierung. Beim Gewerkschaftsbund sagt die Co-Sekretariatsleiterin Gabriela Medici, es komme «nicht infrage», die Arbeitszeiten weiter zu flexibilisieren. Unternehmen müssten strenger reguliert werden. Bei Economiesuisse betont die Geschäftsführerin Monika Rühl, Entlastungen seien für die Unternehmen zentral. Beim Gewerkschaftsbund sagt der Chefökonom Daniel Lampart, Economiesuisse sei einer neuen Logik verfallen: «Sie schauen knallhart für sich.»

«Eine Chaos-Initiative»

So gehen Economiesuisse und der Gewerkschaftsbund in die «Schlüsselabstimmung» (Lampart), in «eine der wichtigsten Abstimmungen» (Rühl) dieses Jahres: Voraussichtlich im Juni entscheiden die Stimmberechtigten über die chancenreiche 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP, die indirekt die Personenfreizügigkeit mit der Europäischen Union und damit die wirtschaftspolitischen Grundsätze der vergangenen Jahrzehnte infrage stellt. Es sei eine «Chaos-Initiative», sagt Monika Rühl von Economiesuisse. Es sei eine «Chaos-Initiative», schreibt der Gewerkschaftsbund. Das ist der kleinste gemeinsame Nenner für den Abstimmungskampf, er soll reichen, um ziemlich beste Feinde zu vereinen.

Die Beziehung zwischen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften (SGB) ist eine Rivalität, die gleichzeitig immer wieder zelebriert und überwunden wird. Man braucht und verflucht sich gegenseitig. Die Wirtschaft ist vor allem bei der Personenfreizügigkeit auf die Gewerkschaften angewiesen – und muss die Macht, die sie dadurch erlangen, immer wieder brechen. Und die Gewerkschaften brauchen den Goodwill



Dem Bauchgefühl nach hat es für viele Schweizer an öffentlichen Veranstaltungen wie hier auf dem Sechseläutenplatz zu viele Menschen. Economiesuisse und der Gewerkschaftsbund mobilisieren gegen die 10-Millionen-Schweiz-Initiative der SVP. ENNIO LEANZA / KEYSTONE

der Wirtschaft. Legendär sind die Fernduelle durch Interviews, in denen es aus der Wirtschaft heisst: «Herr Maillard glaubt, dass er uns erpressen kann. Da ist er ein Träumer.» (Stefan Brupbacher, Direktor von Swissmem) Und wie zurückgeschossen wird: «Die Arbeitgeber und Wirtschaftsverbände bewegen sich nicht!» (Pierre-Yves Maillard, Präsident des Gewerkschaftsbunds)

So tönt es, in wechselnder personeller Besetzung, seit Jahrzehnten. Die Interessen sind so gegenläufig, dass es gar nicht anders geht. Und doch hat sich daraus eine europapolitische Allianz ergeben.

Als die Schweiz Mitte der 1990er Jahre mit der EU verhandelte, war die Personenfreizügigkeit die umstrittenste Forderung aus Brüssel. Die Wirtschaftsverbände hatten wenige Jahre zuvor verbéglich für den Beitritt zum EWR gekämpft. In den Bilateralen I erkannten sie nach ihrer Niederlage einen Ausweg aus der europapolitischen und wirtschaftlichen Sackgasse. Auch die Führung des SGB hatte die EWR-Abstimmung verloren und forderte den Bundesrat nun auf, «aus der Defensive herauszutreten», die Europapolitik nicht länger den «nationalkonservativen» und «fremdenfeindlichen Kreisen» zu überlassen und für die Verträge und die Personenfreizügigkeit zu kämpfen.

So wurden Gewerkschaften und Arbeitgeber zu europapolitischen Alliierten. Weil sich die beiden Seiten gegenseitig brauchten, stellten sie erst Maximalforderungen auf, um sich später doch noch auf einen Kompromiss zu einigen.

Conditio sine qua non

Schon 1996 forderte der SGB «flankierende Massnahmen», um allfälligen negativen Auswirkungen vorzubeugen. Für die Verträge gebe es eine Mehrheit, sagte der damalige SGB-Sekretär Daniel Nordmann, wenn man die Ängste der Bevölkerung vor Lohndumping ernst nehme. Der SGB erklärte die «flankierenden Massnahmen» in der Folge zur Conditio sine qua non. Dadurch konnte er die eigene Basis beruhigen und andere proeuropäischen Akteure wie den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden Zugeständnisse abringen. Der Vorort, ein Vorläufer von Economiesuisse, setzte sich für eine rasche Ratifizierung der Verträge ein, warnte aber davor, dass unangemessene flankierende Massnahmen die positiven Wirkungen nicht schmälern dürften.

2008, als die Schweiz schliesslich über die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien diskutierte, damals die wirtschaftlich

schwächsten EU-Mitglieder, wiederholte sich die Geschichte scheinbar. Der SGB-Präsident Paul Rechsteiner sagte, man habe bisher stets für die Personenfreizügigkeit gekämpft. Nun aber wollte er offenbar weitere Zugeständnisse herausholen. Wenn die aktuelle Vorlage nicht gefalle, werde man sich «bestimmt weniger aktiv» engagieren. Am Ende stellten sich beide, Gewerkschaften und Wirtschaft, hinter die Vorlage und gewannen die Volksabstimmung deutlich.

Gerold Bühler, Präsident von Economiesuisse, sagte, in einer wirtschaftlich schwierigen Lage würden die Schweizer eben pragmatisch denken und auf das «bewährte Rezept» setzen. Auch der SGB-Präsident Rechsteiner sagte, die Stimmbevölkerung habe sich für Stabilität ausgesprochen, nun sei es wichtig, dass man die flankierenden Massnahmen weiterverfolge. So fühlten sich beide Seiten auf ihre Weise bestätigt.

So war es oft: Die Gewerkschaften stellten Forderungen auf, die Arbeitgeber lehnten sie ab. Beide Seiten taktierten und versuchten, ihren Einfluss durchzusetzen. Allerdings teilten sie, bei allen Unterschieden, immer auch ein gemeinsames Interesse: Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit wacht der Staat gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden und Gewerk-

schaften über die Einhaltung der flankierenden Massnahmen.

Die Personenfreizügigkeit ist das System, das Economiesuisse und die Gewerkschaften vereint: weil die Wirtschaft von den Fachkräften profitiert, die deshalb einfach in die Schweiz kommen können – und die Gewerkschaften davon, dass sie in diesem System den Lohnschutz kontrollieren können. Die Abstimmung über die 10-Millionen-Schweiz-Initiative ist eine Vorentscheidung darüber, ob dieses System überlebt. Mag man sich innerhalb der Europa-Allianz über das neue EU-Vertragspaket im Einzelnen verlieren, so findet man sich im Allgemeinen

Mag man sich in der Europa-Allianz über das neue EU-Vertragspaket im Einzelnen verlieren, so findet man sich im Allgemeinen bei der Verteidigung der Personenfreizügigkeit.

bei der Verteidigung der Personenfreizügigkeit. Gegenseitig wird im Abstimmungskampf grösstmögliches Engagement erwartet.

Eigentlich wollte man die SVP-Initiative als «Kündigungsinitiative» bezeichnen, nun heisst sie «Chaos-Initiative». Das soll in diesen «turbulenten Zeiten» die Fantasie der Leute anregen: Was ist, wenn weitere Gewissheiten wegbrechen?

Der Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder hört oft, das Bauchgefühl entscheide: Es ist zu viel, zu viele Menschen, zu viel Stau. Man will dem in den nächsten Tagen mit einem weiteren Faktendossier begegnen. Die Demografie lasse sich nicht austricksen: «Sehr bald werden wir eben in vielen Bereichen nicht zu viel, sondern zu wenig haben.» Es soll Kampagnensujets geben mit Beizen, in denen niemand da ist, um Bier auszuschenken. Für den Gewerkschaftspräsidenten Pierre-Yves Maillard ist klar, woher dieses Bauchgefühl kommt: «Die Leute müssen das Gefühl haben, dass auch sie profitieren.»

Die Botschaft im Hotel Bern, bei den Spitzen des Gewerkschaftsbunds, ist einfach: Der Wohlstand, den die Personenfreizügigkeit bringt, wird falsch oder zu wenig nach unten verteilt. Im Hotel Kreuz, bei den Spitzen von Economiesuisse, sieht man das natürlich anders. Einig ist man sich nur darin, dass die Initiative der SVP in ein «Chaos» führen würde. Das muss vorerst reichen.